

Aktionsplan Inklusion

„Fürth Für Alle“

Ort: Sitzungssaal Technisches Rathaus

Datum und Uhrzeit: 26.09.2017, 19:00 Uhr – 21:15 Uhr

3. Treffen Vernetzungsforum Wohnen

Teilnehmer: 14

Name	Vorname	Institution
Baumgartner	André	Die Linke
Braun	Hermann	
Buba, Dr.	Hanspeter	BASIS-Institut
Gottwald	Monika	Stadträtin Die Linke
Günther	Susann	Lebenshilfe Fürth
Himmelein	Frank	Lebenshilfe Fürth
Kirchner	Carmen	Beauftragte für die Belange von Menschen mit Behinderungen (Stadt Fürth)
Kittel	Fabian	Behindertenrat
Leikamm	Georg	Lebenshilfe Fürth
Ludl	Tanja	BASIS-Institut
Razinkas	Anja	BRK Fürth
Schelter	Werner	
Schwemme	Irmgard	WBG Fürth
Zieger	Andrea	

Inhalt

1 Begrüßung durch Herr Dr. Buba	2
2 Einführung durch Herr Dr. Buba.....	2
3 Diskussion.....	2
4 Verabschiedung	7

1 Begrüßung durch Herr Dr. Buba

Herr Dr. Buba vom BASIS-Institut in Bamberg begrüßt zu Beginn der 3. Sitzung des Vernetzungsforums „Wohnen“ alle Anwesenden recht herzlich und freut sich über das Erscheinen der Teilnehmer. Er bedankt sich bei der Lebenshilfe Fürth e.V., unter deren Trägerschaft das Projekt „Fürth Für Alle“ läuft und die die Vorbereitung zu den Vernetzungsforen, die technische Ausstattung und auch das heutige Catering geleistet hat. Nachdem er sich und sein Team kurz vorgestellt hat, bittet er alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer, sich auch kurz mit ihrem Namen und, falls vorhanden, ihrer Position/Institution vorzustellen, um insbesondere neuen Teilnehmern den Einstieg in die Diskussion zu erleichtern.

2 Einführung durch Herr Dr. Buba

Herr Dr. Buba erklärt, dass in der heutigen Sitzung nochmal die Möglichkeit besteht, Maßnahmen umzuformulieren und weitere Ideen in die Diskussion einzubringen. Ein Textentwurf in ausgedruckter Version liegt allen Anwesenden vor, der nun besprochen wird. Besonderes Augenmerk soll dabei auf die formulierten Maßnahmen gelegt werden. Des Weiteren erläutert Herr Buba kurz, dass es zu jedem Vernetzungsforum ein eigenes Kapitel im Aktionsplan geben wird. Im Anschluss an seine einführenden Worte leitet Herr Buba in die Diskussion des Textentwurfs über.

3 Diskussion

Bevor die Maßnahmen genauer diskutiert wurden, gab es von Seiten der Teilnehmer noch einige Anmerkungen bezüglich der Befragungsergebnisse. Herr Braun erkundigte sich bei Herr Buba, wie die Stichprobe der Befragung gezogen wurde. Dieser erläutert, dass das Zentrum Bayern Familie und Soziales (ZBFS) eine Stichprobe von Menschen mit Behinderung ab dem GdB 50 in der Stadt Fürth gezogen hat. Zudem wurden auch noch ca. 300 Personen durch eine Stichprobe des Bezirks gezogen, bei denen kein GdB vorliegt wurde. Ausgewählt wurden durch diesen spezifischen Zugang Menschen, die einen eingetragenen Grad der Schwerbehinderung haben oder Leistungen der Eingliederungshilfe beziehen. Herr Buba erläutert weiter, dass bei dieser Befragung kein Fragebogen in Leichter Sprache angefordert wurde.

Herr Braun und Frau Günther kritisieren die Stichprobenziehung, da ihrer Meinung nach eine Selektion ab GdB 50 nicht angemessen ist. Sie fänden es besser, wenn eher Personen ab GdB 60 oder 70 befragt worden wären. Frau Günther bemängelt, dass die

Ergebnisse bezüglich der Zufriedenheit der Wohnform nicht die Realität abbilden würden. Herr Buba widerspricht: eine negative Lebenszufriedenheit muss nicht mit dem Grad der Behinderung zusammenhängt. Ein Mensch mit einem GdB 100 muss nicht automatisch unzufriedener als ein Mensch mit GdB 50 sein. Umgekehrt gilt selbstverständlich das Gleiche. Dies bestätigt die Behindertenbeauftragte Frau Kirchner, die selbst einen GdB von 100 hat.

Auch Herr Baumgartner merkt an, dass der Stadtrat kaum handeln wird, wenn die Ergebnisse „ja nicht so dramatisch“ sind.

Herr Buba weist darauf hin, dass Menschen bei Befragungen häufiger eine höhere Zufriedenheit angeben als es vielleicht in Wirklichkeit der Fall ist. Detaillierte Zufriedenheiten oder Unzufriedenheiten können über eine standardisierte Befragung aber schwer abgefragt werden. Dies könnte eher durch Interviews beleuchtet werden. Zudem erklärt er, dass auch noch weitere Daten erhoben wurden, beispielsweise zur Zufriedenheit mit dem Wohnumfeld. Hier zeigt sich z.B. auch, dass sehr viele Menschen mit den Einkaufsmöglichkeiten oder den Haltestellen des ÖPNV zufrieden sind.

Frau Gottwald schlägt nun vor, dass in einer Präambel auf die Ängste und Probleme der Teilnehmer des Vernetzungsforums hingewiesen werden sollte, um auch Stadträte dafür zu sensibilisieren.

Herr Buba leitet nach der Diskussion der Ergebnisse in die Maßnahmendiskussion über. Er weist nochmal darauf hin, dass die Maßnahmen bewusst deterministisch formuliert wurden.

Für den Punkt „**Das wollen wir erreichen**“ hatten die Anwesenden zunächst keine Änderungswünsche.

Handlungsziele für die nächsten 5 Jahre

Frau Gottwald sieht es als äußerst wichtig an, dass keine Wohnungen mehr mit Rendite vermietet oder verkauft werden. Sie wünscht sich Wohngebiete ohne Kapitalfluss. Der Gewinn soll nicht an erster Stelle stehen. Rücklagen sollen in erster Linie wieder ins Projekt, also in den Wohnraum fließen, so wie es auch bei Genossenschaften meist der Fall ist. Dieser Aspekt soll noch bei den Handlungszielen der nächsten 5 Jahre eingefügt werden.

1.1.4.1) Hilfestellung bei Wohnungssuche für Menschen mit Behinderung

Herr Braun stellt hier die Frage, was man unter bezahlbarem Wohnraum zu verstehen hat. Frau Gottwald weist auf den Mietspiegel in den Städten hin, an dem man sich als Eigentümer zu orientieren hat.

Frau Schwemme wirft ein, dass die Obergrenzen, die der Mietspiegel vorsieht, aber viel zu hoch angesetzt sind. Notwendig ist barrierefreier Wohnraum, den man sich leisten kann. Herr Baumgartner schlägt vor, das Wort „bezahlbar“ zu streichen und stattdessen barrierefreien Wohnraum zu fordern, der auch für einkommensschwache Menschen erschwinglich ist.

Außerdem soll keine städtische, sondern eine zentrale und quartiersnahe Stelle als Ansprechpartner definiert werden. Der letzte Satz des zweiten Absatzes wird bei dieser Maßnahme des Weiteren gestrichen. Für die Wohnungssuchen sollen zudem Assistenzdienstleistungen oder eine Begleitung angeboten und eine Finanzierung von der Stadt bereitgestellt werden.

1.1.4.2) Errichtung einer unabhängigen Beratungsstelle

Frau Schwemme fragt sich, warum solche Stellen ehrenamtlich errichtet werden sollen und diese nicht bei der Stadt Fürth angesiedelt sind. Herr Braun wirft ein, dass es sich hier ja eigentlich um zwei verschiedene Stellen handelt. Zum einen um eine Beratung für die Wohnungssuche und zum anderen um eine Wohnraumberatung, beispielsweise, wenn jemand sein Haus barrierefrei umbauen möchte. Die Beratung zur Wohnraumsuche soll die Stadt Fürth übernehmen, während die Wohnraumberatung weiterhin im Freiwilligenzentrum angesiedelt bleibt. Gegen eine Kopplung sprachen sich die Anwesenden aus, weil die beiden Beratungsstellen unterschiedliche Qualifikationen aufweisen.

1.1.4.3) Ansprechpartner Barrierefreiheit und Architektur

Frau Günther möchte wissen, ob es hierfür einen eigenen Fachberater bei der Stadt gibt oder ob dies nicht eine Möglichkeit wäre. Frau Kirchner entgegnet, dass es auch von der Architektenkammer eine kostenlose Beratung zum Thema barrierefreies Bauen gibt. Ein definierter, konkreter Ansprechpartner bei der Stadt Fürth muss bestimmt werden. Herr Baumgartner merkt an, dass es an dieser Stelle sinnvoll wäre, die Maßnahme 1.1.4.7 als Erläuterung voranzustellen. Der letzte Satz dieser Maßnahme soll des Weiteren gestrichen werden.

1.1.4.4) Zentrale Plattform für die Wohnungssuche

Einvernehmlich stimmten die Teilnehmer für die Streichung dieser Maßnahme. Auf die Vernetzung verschiedener Akteure wird in der Maßnahme 1.1.4.8 nochmal hingewiesen.

1.1.4.5) Mehr barrierefreien und bezahlbaren Wohnraum für ambulantes Wohnen schaffen

Der letzte Satz dieser Maßnahme soll gestrichen werden. Eine Beratung für stationäre und ambulante Angebote soll bei der Wohnraumberatung miteingebunden werden.

1.1.4.6) Schaffung von bezahlbarem Wohnraum

Die Maßnahme soll beinhalten, dass zurzeit nicht ausreichend barrierefreier und bezahlbarer Wohnraum vorhanden ist. Wohnraum dieser Art gibt es bereits in der Stadt Fürth, allerdings wird die Nachfrage nicht gedeckt. Auch der soziale Wohnungsbau muss vorangetrieben werden, da das derzeitige Angebot nicht ausreichend und zufriedenstellend ist.

1.1.4.7) Bauanträge um Hinweise zur Barrierefreiheit ergänzen

Bei dieser Maßnahme gab es keine Änderungsvorschläge der Teilnehmer.

1.1.4.8) Erweiterung des sozialen Wohnungsbaus – gesetzliche Verankerung

Zur Unterstützung des sozialen Wohnungsbaus wird die Kooperation mit der Stadt Fürth sowie die Vernetzung zwischen den einzelnen Wohnungsanbietern optimiert und intensiviert. Dieser Aspekt muss noch in die Maßnahme eingefügt werden.

1.1.4.9) Barrierefreie Neubauten, Sanierungen und Umbauten – Auditgruppe

Frau Kirchner weist darauf hin, dass dieser Punkt auch beim Thema Barrierefreiheit gut passen würde. Frau Zieger betont, dass eine Auditgruppe gewisse Qualitätsstandards festlegt, Pläne prüft und auch Begehungen durchführt. Vertreter der Unternehmen der Wohnungswirtschaft sollen sich im Idealfall an so einer Auditgruppe beteiligen.

1.1.4.10) Gemeinschaftliche Wohnformen

Frau Günther findet, dass diese Maßnahme mit den Maßnahmen 1.1.4.5 und 1.1.4.12 gekoppelt werden könnte. Diese Maßnahme soll folglich zwischen den beiden genannten Maßnahmen stehen.

Herr Kittel erkundigt sich über die kritische Größe solcher Wohnmodelle und wirft die Frage auf, woher die Zahl „24“ denn kommt. Herr Buba erklärt, dass es eher subjektiv ist, was hier als kritische Größe angesehen wird. Die Teilnehmer stimmen aus diesem Grund dafür, die Angabe von 24 Wohneinheiten als kritische Größe zu streichen.

1.1.4.11) Beratungsangebot für Bauherren und Vermieter

Auf gute Beispiele barrierefreier Architektur soll auch bei der Beratungsstelle im Freiwilligenzentrum hingewiesen werden. Der zweite Absatz dieser Maßnahme soll an dieser Stelle gestrichen und dem Punkt 1.1.4.3 angeschlossen werden.

1.1.4.12) Nachbarschaftshilfe

In der Stadt Fürth gibt es derzeit aktuelle Bestrebungen in Sachen Quartiers- und Stadtteilmanagement. Insgesamt vier Stadtteilprojekte sind geplant. Dieser Aspekt muss der Maßnahme noch hinzugefügt werden.

1.1.4.13) Informationen über barrierefreie Wohnungen

Bei dieser Maßnahme gab es von Seiten der Anwesenden keine Änderungswünsche.

1.1.4.14) Bewusstseinsbildung für barrierefreien Wohnraum

Die Teilnehmer sind dafür, den zweiten Satz dieser Maßnahme eventuell als Leitsatz unter 1.1.4 zu verorten. Des Weiteren waren sie sich einig, dass der letzte Satz der Maßnahme bezüglich der Zusammenarbeit mit Presse sowie Architektur- und Immobilienbüros auch gut zur Maßnahme 1.1.4.11 passen würde.

1.1.4.15) Ausschuss Inklusion

Die Teilnehmer dieses Vernetzungsforums fanden, dass die Maßnahme im Bereich politische Teilhabe besser passt und wird deshalb dorthin verschoben.

Am Ende der 3. Runde diskutierten die Anwesenden noch über die Reihenfolge der Maßnahmen. Hierbei sollen die Maßnahmen **1.1.4.1** und **1.1.4.2** an erster Stelle bleiben. Danach soll die Maßnahme **1.1.4.7** als Erläuterung der Maßnahme **1.1.4.3** folgen. Im Anschluss daran werden **1.1.4.5**, **1.1.4.10** sowie **1.1.4.12** aufgelistet, gefolgt von den Maßnahmen **1.1.4.14**, **1.1.4.8** und **1.1.4.6**. Am Ende des Maßnahmenkataloges stehen dann noch die Punkte **1.1.4.9**, **1.1.4.11** und **1.1.4.13**.

4 Verabschiedung

Im Anschluss an die Diskussion bedankt sich Herr Buba für die rege Teilnahme und erläutert das weitere Vorgehen. Das Protokoll der heutigen Sitzung wird allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern auf der Homepage zur Verfügung gestellt. Änderungswünsche der Teilnehmer können außerdem gerne weiterhin an das BASIS-Institut gesendet werden. Herr Buba wünscht allen Anwesenden nun noch einen schönen Abend sowie einen guten Nachhauseweg und verabschiedet sich.

Für das Protokoll:

Hanspeter Buba

Tanja Ludl

BASIS-Institut